

Literatur

- Adler, J.: Informationsökonomische Fundierung von Austauschprozessen im Marketing. Arbeitspapier zur Marketingtheorie Nr. 3. Trier 1994
- Andreasen, A.R.; Drumwright, M.: Alliances and Ethics in Social Marketing. In: Andreasen (Hrsg.): Ethics in Social Marketing. Washington 2001
- Anheier, H.K.; Seibel, W.: The Nonprofit Sector in Germany. Between State Economy and Society. Manchester/New York 2001
- Bliemel, F.; Fassott, G.: Marketing für Universitäten. In: Tscheulin, D.K.; Helmig, B. (Hrsg.): Branchenspezifische Besonderheiten des Marketing. Wiesbaden 2001, S. 265-278
- Bruhn, M.: Relationship Marketing. Das Management von Kundenbeziehungen. München 2001
- Bruhn, M. Marketing für Nonprofit-Organisationen. Grundlagen – Konzepte – Instrumente. Stuttgart 2005
- Bruhn, M.; Tilmes, J.: Social Marketing – Einsatz des Marketing für nichtkommerzielle Organisationen. Stuttgart 1994
- Grözinger, A. u.a.: Empirische Forschung als Herausforderung für Theologie und Kirche. In: Bruhn, M.; Grözinger, A. (Hrsg.): Kirche und Marktorientierung. Freiburg (Schweiz) 2000, S. 13-32
- Hillebrecht, S.W.: Grundlagen des Kirchlichen Marketing. In: Marketing ZFP 4/1995, S. 221-231
- Horak, C.; Heimerl, P.: Management von NPOs – Eine Einführung. In: Badelt, C. (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management. Stuttgart 2002, S. 107-128
- Meffert, H.: Marketing-Management. Analyse – Strategie – Implementierung. Wiesbaden 1994
- Meffert, H.; Bruhn, M.: Dienstleistungsmarketing. Grundlagen, Konzepte, Methoden. Wiesbaden 2003
- o.V.: Stärkere Orientierung am Kunden. Ein Gespräch mit McKinsey-Direktor Peter Barrenstein. In: Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e.V. (Hrsg.): Herder Korrespondenz. Monatshefte für Gesellschaft und Religion 7/1998, S. 342-347
- Schnabel, U.: Wie man in Deutschland glaubt. In: Die Zeit vom 22.12. 2003, S. 34-35
- Schwarz, P. u.a.: Das Freiburger Management-Modell für Non-Profit-Organisationen (NPO). Bern 2002
- Weisbrod, B.: To Profit or Not to Profit. Cambridge 1998

Sozialpädagogik und gesellschaftliche Partizipation

Pädagogisch reflektierte und organisierte Sozialisation

Eric Mührel

Zusammenfassung

Sozialpädagogik lässt sich grundlegend als pädagogische Antwort auf die soziale Frage einer Epoche verstehen. Wie lässt sich die soziale Frage der heutigen Zeit beschreiben? Und auf welche Art und Weise positioniert sich Sozialpädagogik bezüglich dieser Fragestellung? Der Beitrag beschreibt im Kontext dieser Fragen Sozialpädagogik als eine wissenschaftlich fundierte Profession, die im umfassenden Sinn der Beteiligungsgerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft dient.

Abstract

Social Pedagogy is to be basically understood as the pedagogical answer to the social issue of an era. How can today's social issue be described? In which way and manner does Social pedagogy address these issues? In this context, the article describes Social Pedagogy as a substantial scientific profession serving society in a comprehensive sense of participative justice.

Schlüsselwörter

Sozialpädagogik - Partizipation - soziale Frage - Sozialisation - Forschung - Ausbildung

Einführung

Sozialpädagogik kann grundlegend verstanden werden als pädagogische Antwort auf die soziale Frage einer Gesellschaft. So führt Franz-Michael Konrad (1998) in einer historischen Reflexion über die Sozialpädagogik am Ende des 19. Jahrhunderts aus: Sozialpädagogik zu dieser Zeit, das ist „die pädagogische Antwort auf den Umstand, dass früher bei-läufig Einsozialisiertes, das Werte- und Normensystem einer Gesellschaft, nicht mehr problemlos vorstatten geht, weil... insbesondere die Familie ihrer Grundlegungsfunktion nicht mehr gerecht wird“ (*ebd.*, S. 43).

Es handelt sich bei der Sozialpädagogik von ihren Ansätzen bei Karl Mager und Adolph Diesterweg Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts sehr vereinfacht ausgedrückt um die pädagogische Antwort auf die soziale Frage dieser Zeit. Diese besteht im Pauperismus als paradigmatischer Ausdruck für den Wandel der politisch-ökonomischen Bedingungen im Rahmen der Industrialisierung. In der Dynamik dieses Wandels mit seinen Traditionssbrüchen ist die Gesellschaft

in ihrer Reproduktionsfunktion und Integrationsaufgabe insgesamt bedroht. Aber auch die einzelnen Individuen drohen am Veränderungsdruck durch diesen Wandel zu scheitern. In diesen Zusammenhängen entwickelt sich, wie Michael Winkler (2003) in einer Rekonstruktion der Theorie der Sozialpädagogik ausführt, die Sozialpädagogik in der „Thematierung von Bedingungen gelingender Sozialisation“ (*ebd.*, S. 15). Zur Bedingung einer gelingenden Sozialisation gehöre ihre pädagogische Reflexion und Organisation. Die *Orte* hierfür seien vornehmlich die Familie, die Schule sowie die außerschulischen und außerfamiliären *sozialpädagogischen Räume*. Entsprechend entwickelten sich verschiedene Theorie- und Professionsstränge innerhalb der Sozialpädagogik, die bis in die heutige Zeit bestehen und die Vielfalt sozialpädagogischer Handlungsansätze und Handlungsräume prägen.

Auf der Folie dieses grundlegenden Verständnisses von Sozialpädagogik stellt sich die Frage der Positionierung und des Selbstverständnisses der Sozialpädagogik in der heutigen Gesellschaft. Hierbei gilt es meines Erachtens, folgende Fragen zu beantworten, denen ich mich im Folgenden widme:

- ▲ Wie lässt sich die soziale Frage *unserer* Zeit artkulieren?
- ▲ In welcher Art und Weise kann die Sozialpädagogik hierauf eine *pädagogische* Antwort geben?
- ▲ Welche Aufgaben ergeben sich hieraus für die *Sozialpädagogik* hinsichtlich Forschung und Lehre?

Die soziale Frage unserer Zeit

Wilhelm Heitmeyer konstatiert in seiner Einleitung zu dem 1997 erstmals erschienen Sammelband über die Frage „Was treibt die Gesellschaft auseinander?“: „Desintegration avanciert zu einem Schlüsselbegriff der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung“ (1997a, S. 9). In dem im selben Jahr erschienen Parallelband „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ stellt er als Pendant zu dieser Ausführung fest: „Die Frage nach der Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften ist zu einem zentralen öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskussionsthema avanciert“ (1997b, S. 9). Heute, neun Jahre später, ist diesen Aussagen Heitmeyers nachdrücklich zuzustimmen. Die Frage von Integration und Desintegration ist eine, wenn nicht die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Woran lässt sich dies festmachen?

Grundlegend bilden nach Arnold Schwendtke (1995) Integration und Desintegration konstitutive Gegebenheiten für den sozialen Wandel in Gesellschaften. Misslingende soziale Integration führt zu einer Vielzahl individueller und sozialer Konflikte. In der

heutigen Zeit stellen sich dabei vornehmlich zwei im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005 empirisch gut belegte Integrationsprobleme:

- ▲ Die Integration von Immigranten und Immigrantinnen mit unterschiedlichen Herkunftskulturen. Ein Beispiel hierfür sind mangelnde Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Exemplarisch sei hier das Armutsrisko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund genannt.
- ▲ Die innerkulturelle Integration von Personen in den Übergängen der Lebensalter, beispielsweise von der Kindheit zum Jugendalter oder von der Schule zum Beruf. Wiederum exemplarisch mag hierfür die Armut von Familien und Kindern stehen, die unter anderem zu einem erhöhten Risiko gesundheitlicher Probleme bei den Kindern und zu deren Ausgrenzung und mangelndem Schulerfolg schon in der Grundschule führt.

Christian Pfeiffer (1999) beschreibt zwei Formen der Desintegration. Zum einen die emotionale Desintegration, die er als erlebte Nichtzugehörigkeit mit den Erfahrungen von emotionaler Ausgrenzung und Nichtakzeptanz beschreibt. Zum anderen die sozioökonomische Desintegration, die sich in einer Ausgrenzung vom Zugang zu sozialen Positionen, zu Wohlstand und Entwicklungschancen offenbart. Die moralische Logik sozialer Konflikte auf Grund sozialer Desintegration lässt sich dabei mit Axel Honneth als ein dynamischer Prozess von Erfahrungen der Missachtung und Kämpfen um Anerkennung beschreiben. In seiner Arbeit „Kampf um Anerkennung“ (1992) geht Honneth davon aus, dass die soziale und ökonomische Entwicklung posttraditioneller Gesellschaften vom Ausgang dieser sozialen Konflikte abhängig sein wird. Die individuellen Konflikte durch Missachtung in den Modi der emotionalen wie sozioökonomischen Desintegration werden nach Lothar Böhnsch (1999) bei Menschen, die nicht auf ausreichende emotionale, kognitive und soziale Ressourcen zurückgreifen können, durch abweichendes Verhalten, beispielsweise Gewalt, bewältigt. Solches Bewältigungsverhalten führt wiederum zu individuellen und sozialen Konflikten, welche unter pädagogischen, politischen und auch ökonomischen Gesichtspunkten nur – falls überhaupt – mit großem Aufwand zu meistern sind. Als Beispiel sei hier die Resozialisierung als eine Art der Reintegration im Strafvollzug genannt. Gelingende Integration ist daher die beste Prävention der durch soziale Desintegration/Segregation provozierten individuellen und sozialen Konflikte.

Gelingende Integration geschieht aber nur auf dem Wege der Partizipation. Gesellschaftliche Partizipation ist der Modus sozialer Integration. Der Begriff Partizipation geht auf das lateinische *participare* zurück, was mit „teilhaft machen“ und „teilnehmen lassen“ übersetzt werden kann. Gesellschaftliche Partizipation bedeutet somit Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft.

Stefan Schnurr (2001) beschreibt die gesellschaftliche Partizipation als Modus für soziale wie auch politische Integration. Sie lässt sich wiederum über zwei Wege verwirklichen. Erstens über den Weg der politischen Partizipation, womit die Beteiligung und Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen gemeint ist. Als pädagogisch relevante Beispiele seien hier mit *Ingrid Burdewick* (2003) die offenen Formen, wie Jugendparlament und Jugendgemeinderäte, und die projektorientierten Formen, wie die Beteiligung an Zukunftswerkstätten hinsichtlich der Gestaltung von Spielplätzen oder Schulhöfen, der politischen Partizipation bei Kindern und Jugendlichen genannt. Zweitens geschieht Partizipation über die Beteiligung und Mitwirkung an und in sozialen Dienstleistungen über die Einbindung in Beratungs- und Therapieprozesse verschiedener Art. Wenn gesellschaftliche Partizipation als der Modus sozialer wie politischer Integration gelten kann, stellt sich aus sozialpädagogischer Sicht folgende Frage: Auf welche Art und Weise sollen Menschen sozialisiert werden, damit sie an der Gesellschaft partizipieren können? Welche Sozialisationsbedingungen müssen für eine solche gelingende Sozialisation gegeben sein?

Die pädagogische Antwort der Sozialpädagogik

Die Herausforderung für die Sozialpädagogik im Prozess gesellschaftlicher Partizipation lässt sich mit *Winkler* (2003) wie folgt beschreiben: Sozialpädagogik fördert eine pädagogisch reflektierte und organisierte Sozialisation. Wie lässt sich dies verstehen? Der sozialpädagogische Blick richtet sich auf Menschen in ihren Lebensumständen. Wie gestalten sich einzelne Menschen und Gruppen von Menschen innerhalb ihrer Lebensumstände? Die mit *Paul Natorp* (1964) zu bezeichnende *soziale Verschränkung* ist konstitutiv für das menschliche Leben. So führt er mit Bezug auf *Pestalozzi* aus, dass der Mensch die Umstände macht, aber auch die Umstände den Menschen (*ebd.*, S. 86, 139-142). In Anlehnung an *Heinrich Rombach* (1987) lässt sich diese soziale Verschränkung im Bild der Situationskarte fassen. Denn in seinen strukturanthropologischen Ausführungen (1987 vgl. auch *Schmidt* 1998) beschreibt er

die Vorfindlichkeit der Person in vier miteinander verwobenen Bereichen: dem Leib, der personalen Mitwelt, der Gesellschaft und der Welt. In diesen Bereichen und mittels der Auseinandersetzung mit den dortigen Umständen gestalten und bilden Menschen ihr Leben.

Einerseits richtet sich der sozialpädagogische Blick auf die persönlichen Voraussetzungen des Individuums. Um an der Gesellschaft partizipieren zu können, bedarf es einer im umfassenden Sinne beschriebenen *Erziehung zur Demokratie* (*Müller* 2002). Diese kann präzisiert werden als „rationale Erziehung, die Bildung ermöglicht“ (*Winkler* 2003, S. 24). Erziehung zur Demokratie meint damit eine Erziehung zu einem mündigen Subjekt, das nicht der Komplexität seiner sozialen Verortung ausgeliefert ist, sondern seine soziale Verfasstheit insgesamt kritisch zu reflektieren vermag und handlungsfähig in Bezug auf seine sozialen Umstände ist. Ein so *erzogener* Mensch kann im Sinne von *Lothar Böhnisch* (1999) Lebenskrisen und Biographiebrüche bewältigen, ohne auf Formen abweichenden Verhaltens zurückgreifen zu müssen, die ihn in soziale Desintegration führen würden.

Andererseits richtet sich der sozialpädagogische Blick auf die gesellschaftlichen Bedingungen einer pädagogisch reflektierten Sozialisation. Diese korrespondiert mit dem von *Hans-Josef Buchkremer* (1995) beschriebenen paradigmatischen Grundsatz der Sozialpädagogik – der Selbstverpflichtung zur innovativen Kritik an Staat und Gesellschaft. Um *Teilnahme* an Gesellschaft zu ermöglichen, bedarf es einer *Teilhabe* an gesellschaftlichen Gütern wie Bildungschancen, die eine solche Teilnahme bedingen. In diesem Zusammenhang sind die Orte und Institutionen zu benennen, in denen Sozialisation organisiert wird. Hieraus ergeben sich dann die Handlungsfelder der Sozialpädagogik. Als wesentliche Orte sind zu benennen: die Familie, der Kindergarten, die Schule, die außerschulischen *sozialpädagogischen Räume* wie Jugendzentren, Kinder- und Jugendparlamente und so weiter. Fassen wir an dieser Stelle zusammen: Eine pädagogisch reflektierte und organisierte Sozialisation ist Bedingung für eine gelingende gesellschaftliche Partizipation, die selber wiederum der Modus für die soziale Integration ist.

Aufgaben für Forschung und Lehre der Sozialpädagogik

Welche Aufgaben für Forschung und Lehre der Sozialpädagogik ergeben sich aus diesem Programm einer pädagogisch reflektierten und organisierten Sozialisation? In Anlehnung an *Konrad* (1998, S. 58)

lässt sich folgendes Profil für die Aufgaben der Sozialpädagogik als wissenschaftliche Disziplin hinsichtlich Forschung und Lehre formulieren:

- ▲ Beobachtung des sozialen Wandels und dessen wissenschaftliches Verstehen in Geschichte und Gegenwart;
- ▲ Erforschung einer eigenen genuinen Methode, Ausarbeitung einer Theorie der Gemeinschaftserziehung sowie Beschreibung und Vermittlung von Handlungskompetenzen bezüglich der Gestaltung von Gemeinschaft;
- ▲ Analyse der grundlegendsten Institution der Sozialisation – der Familie – sowie Erarbeitung und Vermittlung von externen pädagogischen Unterstützungsmodi (Beratung, Hilfe, Erziehung) derselben;
- ▲ Analyse der kompensatorischen Institutionen – Kindergarten, Schule, Jugendhilfe – sowie Beschreibung und Vermittlung spezifischer Handlungskompetenzen;
- ▲ Entwicklung einer Bildungstheorie der spezifischen Institutionen sowie von entsprechenden Konzepten sozialpädagogischen Handelns.

Diesen in Forschung und Lehre formulierten Aufgaben entsprechend kann Sozialpädagogik im Sinne *Christian Niemeyers* (2002) als historische, empirische, diskursive, hermeneutische und handlungstheoretische Wissenschaft verstanden werden.

Ausblick

Betrachten wir noch einmal zwei wesentliche Bestimmungen des Selbstverständnisses der Sozialpädagogik mit Blick auf die Problematiken von Partizipation und Integration:

- ▲ den Bildungsauftrag hinsichtlich des einzelnen Menschen, ihn zur Handlungsfähigkeit in seinen sozialen Umständen hinzuführen;
- ▲ die innovative Kritik an Staat und Gesellschaft mit Blick auf die Partizipationsmöglichkeiten für die einzelnen Gesellschaftsmitglieder.

Anders ausgedrückt, fordert die Sozialpädagogik somit die aktive Teilnahme des Individuums am Gesellschaftsleben sowie die Möglichkeit seiner Teilhabe an demselben über die Einrichtung von wirtschaftlichen und sozialen Institutionen, die diese Teilnahme gewährleisten (Partizipation und Partizipationsmöglichkeiten). *Bernhard Sutor* (2005) hat dieses Wechselspiel von gelingender Teilnahme bei vorhandener Teilhabe – sprich Partizipation – unter dem Paradigma der Beteiligungsgerechtigkeit erörtert. Mit Bezug auf *Marianne Heimbach-Steins* (1999) führt er dabei aus: „Beteiligungsgerechtigkeit setzt die Anerkennung der Subjektstellung des Menschen in der Gesellschaft und zugleich die Angewiesenheit

menschlicher Selbstentfaltung auf Gesellschaft voraus“ (*Sutor* 2005, S. 108). *Sutor* erhofft sich von einem gesellschaftlichen Paradigmenwechsel von der Verteilungsgerechtigkeit zur Beteiligungsgerechtigkeit eine verbesserte solidarische Sicherung gegen die Grundrisiken des Lebens für alle Gesellschaftsmitglieder. Allerdings weist er darauf hin, dass „der Teufel im Detail steckt,“ was bei seinen Konkretisierungen anhand verschiedener Gesellschaftsbereiche wie Bildung und Ausbildung, Arbeit oder Familie deutlich wird.

Für die Sozialpädagogik als wissenschaftliche Disziplin und Profession ist die durch *Sutor* gegebene Einbettung in sozialethische und gesellschaftspolitische Kontexte maßgebend. Sozialpädagogik leistet als pädagogische Antwort auf die soziale Frage der Integration/Desintegration einen Beitrag zu der von *Sutor* formulierten Beteiligungsgerechtigkeit. Damit gewinnt sie nicht zuletzt auch für die jetzige Reformdebatte in der Bundesrepublik Deutschland an Aktualität. Wie lässt sich in diesem Zusammenhang ein modernes Selbstverständnis der Sozialpädagogik artikulieren? Sozialpädagogik kann als Partizipationswissenschaft gelten, indem sie die Bedingungen von Teilhabe und Teilnahme als Modus der sozialen Integration artikuliert.

Literatur

- Böhnisch**, Lothar: Abweichendes Verhalten. Weinheim 1999
Buchkremer, Hansjosef: Handbuch Sozialpädagogik. Darmstadt 1995
Burdewick, Ingrid: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Opladen 2003
Heimbach-Steins, Marianne: Beteiligungsgerechtigkeit. Sozialethische Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion. In: Stimmen der Zeit 3/1999, S. 147-160
Heitmeyer, Wilhelm: Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft. In: ders. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt am Main 1997a, S. 9-28
Heitmeyer, Wilhelm: Sind individualisierte und ethnisch-kulturell vielfältige Gesellschaften noch integrierbar? In: ders.: Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt am Main 1997b, S. 9-22
Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main 1992
Konrad, Franz-Michael: Sozialpädagogik. Begriffsgeschichtliche Annäherungen – von Adolph Diesterweg bis Gertrud Bäumer. In: Merten, Roland (Hrsg.): Sozialarbeit – Sozialpädagogik – Soziale Arbeit. Begriffsbestimmungen in einem unübersichtlichen Feld. Freiburg im Breisgau 1998, S. 31-62
Müller, Carsten: Wir alle sind Aristen ... weil Bürger. In: Andreesen, Sabine; Tröhler, Daniel (Hrsg.): Gesellschaftlicher Wandel und Pädagogik. Studien zur historischen Pädagogik. Zürich 2002, S. 14-24

Müller, Carsten: Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie. Die Postmoderne als Wiederbelebung einer vergessenen sozialpädagogischen Theorie, Internetcenter für Sozialarbeitswissenschaften 2002, www.sozialarbeitswissenschaften.de (Abruf Juli 2005)

Natorp, Paul: Pädagogik und Philosophie. Paderborn 1964

Niemeyer, Christian: Sozialpädagogik – ein Weckruf. In: neue praxis 4/2002, S. 321-344

Pfeiffer, Christian u.a.: Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen. KfN Forschungsberichte Nr. 80. Hannover 1999

Rombach, Heinrich: Strukturanthropologie. Der menschliche Mensch. Freiburg im Breisgau 1987

Schmidt, Hans-Ludwig: Menschen in krisenhaften Lebenssituationen. Überlegungen zu Aufgaben und Grenzen der Sozialpädagogik. In: Jendrowiak, Hans-W. (Hrsg.): Humane Schule in Theorie und Praxis. Frankfurt am Main 1998, S. 182-203

Schnurr, Stefan: Partizipation. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied 2001, S. 1330-1345

Schwendtke, Arnold Alfred: Integration. In: ders. (Hrsg.): Wörterbuch der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Heidelberg/Wiesbaden 1995

Sutor, Bernhard: Beteiligungsgerechtigkeit und Sozialstaatsreform. In: Stimmen der Zeit 2/2005, S. 103-114

Winkler, Michael: Theorie der Sozialpädagogik – eine Rekonstruktion. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik 1/2003, S. 6-24

Das Präventionsgesetz

Eine Zwischenbilanz

Joseph Kuhn

Zusammenfassung

Nach jahrelangen Diskussionen um die Notwendigkeit einer besseren Prävention ist im Mai 2005 vom Deutschen Bundestag das „Gesetz zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention“ beschlossen worden. Es sieht vor, dass qualitätsgesicherte Präventionsmaßnahmen nach einheitlichen Zielen durchgeführt werden sollen, mit einem Finanzvolumen von 250 Millionen Euro. Der ursprünglichen Zeitplanung folge sollte das Gesetz noch 2005 in Kraft treten, es ist aber im Zuge der damaligen bundespolitischen Auseinandersetzungen durch den Bundesrat vorläufig gestoppt worden. Der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 zufolge soll es jedoch verabschiedet werden.

Abstract

After many years of discussion about improvements to preventive health measures, the German Parliament passed the „Law to strengthen Preventive Health Measures“ in May 2005. It determines that quality-assured preventive measures are to be conducted according to consistent standards, the financial volume consisting of 250 million Euro. Originally this law was to become effective in 2005, but because of federal-level political disputes the Federal Council stopped it for the time being. According to the coalition agreement among CDU, CSU and SPD of 11th November 2005, however, the law shall be passed now.

Schlüsselwörter

Prävention - Gesundheitswesen - Gesetzentwurf - Gesundheitspolitik - Zielvorstellung - Qualität

Der Stand der Dinge

Die Bundesregierung und die Länder hatten sich Ende 2004 auf Eckpunkte für ein Präventionsgesetz verständigt. Der darauf beruhende Gesetzesbeschluss des Bundestages vom 6. Mai 2005 sah vor, dass die Sozialversicherungsträger, die Länder und die Kommunen gemeinsam für die Prävention verantwortlich sind, dass sie sich dabei an einheitlichen Präventionszielen und -programmen orientieren, dass die Maßnahmen einer Qualitätssicherung und Evaluation unterliegen und das Gesamtsystem anhand eines erfolgsbewertenden Monitorings qualitativ weiterentwickelt wird. Eine neu zu errichtende „Stiftung Prävention und Gesundheitsförderung“ sollte die notwendigen Zielvorgaben machen und für bun-